



Bayerisches Staatsministerium des Innern
Herrn Staatsminister Dr. Joachim Herrmann
Odeonsplatz 3
80539 München

Raßbach, 16.04.2009

Sehr geehrter Herr Staatsminister Joachim Herrmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Straßenausbau im Raum Passau vom 06.03.2009.
Die Bürgerinitiative ist erfreut, dass im Rahmen der jeweiligen Fortschreibung geprüft wird, ob der Bund oder der Freistaat Bayern als Baulastträger für die Nordumfahrung von Passau in Frage kommen.

Ihre Aussage zur Donaubrücke,
„nach dem die behandelte Verkehrsproblematik in diesem Bereich nicht durch überregionalen Verkehr verursacht ist, handelt es sich um eine kommunale Angelegenheit - auch vor dem Hintergrund, dass das Land Oberösterreich gegenwärtig keine Südumfahrung von Passau mit Donaubrücke verfolgt. Durch eine Donauquerung könnte die Passauer Innenstadt und die Innstadt entlastet werden. Daher begrüße ich es, dass die Stadt Passau in einer eigenen Studie Standorte für eine neue Donauquerung in städtischer Baulast prüft“,
teilen wir mit Ihnen nicht. Eine Donauquerung kann nicht alleine Sache der Stadt Passau sein, es muss auch der Landkreis Passau und der Bezirk Schärding mit eingebunden werden.

Eine Brücke in der Größenordnung, wie sie von der Stadt Passau geplant ist, ist ein Jahrhundertbauwerk und muss dort gebaut werden, wo es Sinn macht, weil diese mit Steuergeldern (auch Steuern von den Landkreisbewohnern) finanziert wird.
Die Stadt Passau hat ein Standortgutachten erstellen lassen, in dem 5 Standorte untersucht wurden. Aber ausnahmslos alle Standorte führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Verkehrssituation, da spätestens am Nadelöhr „Izldurchbruch“ der freie Verkehrsfluss beendet ist und damit noch größere Staus als bisher vorprogrammiert sind, weil viele Österreicher diese Brücke fahren werden. Für die Landkreisbürger bedeutet dies noch mehr Wartezeiten. Hinsichtlich der Beeinträchtigung des Trinkwasserbrunnen haben alle Standorte des Gutachtens negativere Auswirkungen als der Standort Löwmühle, der nur an der unteren Hälfte die Soldatenau quert. Auch scheint es wenig sinnvoll, den Bereich der neu errichteten Schiffslände mit zusätzlichem Verkehr aus der Innstadt zu belasten. Aus diesem Grund ist eine direkte Verbindung Donaubrücke – Nordumfahrung zur A3 erforderlich.

Die Bürgerinitiative tritt für die Errichtung einer Donaubrücke von Löwmühle nach Achleiten mit einer Länge von ca. 700 m ein. Diese Brücke müsste wegen der Schifffahrt 8 m über dem Wasserspiegel verlaufen und sollte mit einem Tunnel (Länge ca. 650m) durch die Donauleite (dadurch wäre ein Eingriff in die Donauleite als FFH - Gebiet mit nur einem „Loch“ recht schonend)

an die Staatstraße 2319, die nach Kastenreuth führt, angebunden werden. Diese Brücke ist eine grenzüberschreitende Maßnahme und somit mit EU-Mitteln bis zu 90 % zuschußfähig.

Die Landesgrenzen sind offen. Wie sagte der Bürgermeister von St. Aegidi in OÖ, Herr Eduard Paminger lt. PNP bei einem Besuch in Hauzenberg, „Wir schauen zu unseren Nachbarn über die Donau, aber wir kennen uns nicht. Eine Brücke fehlt.“

Brücken führen Menschen zusammen! Brücken und Straßen dienen den Menschen und der Natur, wenn sie richtig angelegt und gebaut sind.

Welches Potential an Wirtschaftsverbindungen möglich wäre, zeigt sich an folgendem Beispiel: Die Waldbauernvereinigungen Freyung, Wegscheid und Passau liefern ca. 12.000 fm Holz jährlich in den benachbarten Sauwald bzw. ins Innviertel, obwohl dafür riesige Umwege in Kauf genommen werden müssen. Auch z.B. die Firmen Zankl Betonwerk in Jahrdorf und Schwarzmüller in Freinberg (OÖ) müssen in der Regel mehrmals täglich mehr als 50 km Umweg in Kauf nehmen um zu ihren Kunden bzw. Geschäftspartnern zu gelangen.

10 Bürgermeister von Kommunen im Sauwald, im Innviertel und im Mühlviertel in OÖ sowie 9 Bürgermeister von Bayern im nordöstlichen Landkreis von Passau und bereits über 90 Betriebe mit 16.000 Mitarbeitern haben sich der BI mit ihren Forderungen angeschlossen.

Hierbei handelt es sich um eine Region mit ca. 100.000 Einwohnern.

Passau ist Oberzentrum für die Region und nicht nur für die Stadt Passau, darum sind wir auch interessiert, dass die Verkehrssituation in der Region Passau sinnvoll geregelt wird. Dies muss auch im Interesse der Staatsregierung sein. 2/3 der Bürger von Passau haben 3 Autobahnanschlüsse. Es ist auch Aufgabe einer Staatsregierung, wenn es sich um eine Kommunalangelegenheit handelt, sich der benachteiligten Region anzunehmen.

Es geht darum, Arbeitsplätze in unserer Region zu erhalten. Die Arbeit muss zu den Menschen gebracht werden, die in der Region wohnen, da ihr Haus haben und verwurzelt sind. Es kann nicht sein, dass die Bewohner unserer Region um einen sicheren Arbeitsplatz immer in die Ballungsräume wie München, Regensburg, Nürnberg etc. extrem weite Anfahrtswege haben. Im Februar 2009 haben die Stadt und der Landkreis Passau zusammen mit Hof und Bayreuth mit 7,1 % die höchste Arbeitslosenquote in Bayern. Um diesem Sachverhalt entgegenwirken zu können brauchen wir einen guten Anschluss an die A 3 mit der Nordumfahrung von Passau und der Donaubrücke bei Löwmühle – Achleiten.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Joachim Herrmann,

wir bitten Sie innigst, sich um unser Anliegen anzunehmen und dafür zu sorgen, dass dies auch verwirklicht wird. Wir stellen auch einen Antrag an den Landkreis Passau, Herrn Landrat Franz Meyer, die Stadt Passau Herrn Oberbürgermeister Jürgen Dupper sowie an den Bezirk Schärding Herrn Bezirkshauptmann Dr. Rudolf Greiner, einen Zweckverband zum Bau der Donaubrücke Löwmühle-Achleiten zu bilden.

Mit freundlichen Grüßen

BI „Zukunft-ohne-Passau-Stau.eu“

Leonhard Anetseder

Vorsitzender, Altbürgermeister

Anlage: Flyer „Zukunft-ohne-Passau-Stau.eu“
Antrag an den Bundesverkehrsminister